Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: Goldmark 8.—, halbjährig: Mark 4.—, vierteljährig: Mk. 2.—; Einzelnummer 20 Goldpfennig/Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.

Inhalt:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter - Zeile: 30 Goldpfennig. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstr. 4 Fernsprecher 53099 Postscheck - Konto: München 3987.

Nr. 28 11. Juli 1924 11. Jahrgang

1924 Wochenkalender 5684

	Juli	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	13	11	
Montag	14	12	
Dienstag	15	13	
Mittwoch	16	14	
Donnerstag	17	15	
Freitag	18	16	
Samstag	19	17	פרק י׳ בלק

Das Jüdische Echo

Nummer 28 | 11. Juli 1924 | 11. Jahrgang

Mit der Beilage: Mitteilungen des Israelit. Lehrervereins für Bayern

Die Demagogie des jüdischen Gemeinde-Liberalismus

Während der letzten Gemeindewahlen war es eine Forderung der jüdischen Volkspartei, welche die Liberalen sich sofort zu eigen machten und mit dem schönen Brustton der Überzeugung vertraten: Die Heranziehung der jüdischen Allgemeinheit zu den Gemeindeangelegenheiten, die Schaffung einer jüdischen Öffentlichkeit — eines jüdischen Gemeindeblattes, das zwischen den einzelnen Mitgliedern der Gemeinde und der Verwaltung den Zusammenhang schafft, der um so nötiger ist, je schwieriger die Stellung der Juden in der Umwelt wird. Seitdem sind 3 Jahre verflossen. Die Gemeindeverwaltung hat einen Ausschuß zur Schaffung eines Gemeindeblattes eingesetzt, dem Herr Dr. Östreich vorsteht und der, soviel bekannt, resigniert zum Resultat kam, daß eine Aussicht zur Erfüllung seiner Aufgabe nicht vorhanden ist. Ob dieser Ausschuß in den letzten 2 Jahren überhaupt zusammengetreten ist, erscheint zweifelhaft. Unzweifelhaft ist, daß sich die „Liberalen“ sonach ernstlich um Erfüllung ihres Wahlversprechens nicht bemüht haben. Dabei erklären Leitung der Gemeinde und des Gemeindeverbandes, daß sie eines solchen Organs dringend bedürfen. Doch davon später.

Im elften Jahrgang erscheint nun das „Jüdische Echo“, gegründet und erhalten unter persönlichen Opfern seiner Herausgeber, die vom ersten Erscheinungstage an bemüht waren, damit der jüdischen Gesamtheit zu dienen und die diesen Dienst — das darf heute wohl gesagt werden — in den kritischsten Augenblicken unter mancherlei Fährlichkeiten getreulich erfüllten.

Eins vermißten die Herausgeber dieses Blattes zur restlosen Erfüllung ihrer Aufgabe: Die Mitwirkung mancher Kreise unserer Gemeinde. Vor nunmehr 4 Jahren wurde den Liberalen diese Mitwirkung unter Einräumung vollständiger Gleichberechtigung angeboten. Das Resultat: Die Liberalen frohlockten, das Echo sei pleite. Daß man selbstlos ausschließlich der Allgemeinheit dienend ein so weitgehendes Angebot machen könne, war der liberalen Denkweise nicht zugänglich. Jahrelang warteten wir dann auf die Schaffung des Gemeindeblattes, das die allgemeinen Aufgaben übernommen und uns ermöglicht hätte, uns spezielleren Dingen zu widmen. Erst als die Aussichtslosigkeit dieser Hoffnung feststand, hat die jüdische Volkspartei vor Jahresfrist den alten Vorschlag, das Echo der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, aufgegriffen und der Gemeindeverwaltung unterbreitet. Das Bedürfnis der Gemeinde nach einem solch gemeinsamen Blatt erschien dem Vorstand der Gemeinde so dringend und die Konzessionen der Herausgeber des Echo so weitgehend, daß Vereinbarungen bis zur Formulierung eines Vertrages zwischen dem Gemeindevorstand und den Herausgebern des Echo gediehen waren. Darin hatten sich die Herausgeber des Echo mit den gleichen Rechten begnügt, die jede Partei haben sollte. Einige Intransigente unter den „liberalen“ Mitgliedern der Gemeinde-Vertretung, die Gegner dieser Vereinbarung waren, verhinderten, daß sie zustande kam, obwohl die führenden liberalen Männer im Gemeindevorstand sich aus ihrer besseren Kenntnis des dringenden Bedürfnisses warm dafür einsetzten. Aber die Unversöhnlichen erreichten Fraktionszwang und die Einsichtigeren unter den Liberalen mußten sich fügen. Auf eine Zusage der Herren vom Gemeindevorstand, eine positive Erledigung im Herbst herbeizuführen, bestand die jüdische Volkspartei damals nicht auf einer Entscheidung. Inzwischen wurde der Vorschlag dem Gemeindeverband unterbreitet und auch dort von den Intransigenten zu Fall gebracht. Nunmehr forderte die jüdische Volkspartei Entscheidung und brachte in der Gemeindevertretung einen entsprechenden Antrag ein, der in der letzten Gemeindesitzung behandelt und trotz aller Hoffnung auf eine angesichts der Entwicklung des letzten Jahres gebesserte Einsicht und auf den Einfluß der führenden liberalen Männer des Gemeindevorstandes abgelehnt wurde. Auch diesmal tat der Fraktionszwang seine Schuldigkeit und führende liberale Männer der Gemeinde waren in der wenig beneidenswerten Lage, gegen ihre Überzeugung handeln zu müssen.

Das jüdische Gemeinschaftsgefühl der Liberalen ist also so gering, daß ihnen ein gemeinsames Blatt für alle jüdischen Richtungen unmöglich erscheint. Da drängt sich unwillkürlich die Frage auf, die auch Herr Dr. Eli Straus in der Gemeindesitzung behandelte, ob bei einer solchen Einstellung die gemeinsame Gemeinde-Arbeit überhaupt einen Sinn haben kann. Die Liberalen wollten eigentlich einer Begründung ihres Standpunktes aus dem Wege gehen — die ja wirklich ungemein schwierig ist — und sich mit Bekanntgabe der „grundsätzlichen Ablehnung“ begnügen. Daß sie derselben noch einen Antrag auf „tunlichst beschleunigte Schaffung einer Gemeindezeitung“ beifügten, muß gegenüber dem Arbeitsresultat der oben erwähnten Kommission in 3 Jahren wie als eine demagogische Höchstleistung angesehen werden. Als sich nach manchen deutlichen Worten von der Seite der jüdischen Volkspartei Herr Dr. Östreich entschloß, den Standpunkt der Liberalen doch noch zu begründen, da hörte man in wenigen Sätzen so eminent wichtige Geständnisse, daß man es als ungemein schmerzlich empfinden muß, daß Zwischenfälle, wie sie an dieser Stelle ungewohnt sind, Herrn Dr. Östreich verhindert haben, seine Rede zu beenden und alles vorzubringen, was er auf dem Herzen hatte. Herr Dr. Östreich mußte zugestehen, daß das Echo sich in schweren Zeiten vielerlei Verdienste erworben habe, fand aber, „daß nur ein Blatt jener Parteirichtung sich in kritischer Zeit so weit vorwagen konnte“. Also auch dies ein Vorzug der Zionisten, in gefährlichen Augenblicken furchtlos allen Anfeindungen entgegenzutreten. Fürwahr wir hätten ohne das sehr wertvolle Zeugnis aus diesem Munde nie gewagt, dieses Verdienst für uns in Anspruch zu nehmen. Daß in diesem Zusammenhang die „ganze Vergangenheit des Echo“ ein Hindernis für ein Zu-

sammengehen mit demselben — wohlgemerkt nach Umgestaltung und Sicherung der Gleichberechtigung aller Richtungen an dem Blatte — bilden muß, nimmt nicht Wunder. Wir allerdings glauben, daß wir stolz sein können auf diese Vergangenheit; daß die elf Jahrgänge des Echo Zeugnisse eines unermüdlichen, wachsamen Dienstes für das jüdische Gemeinwohl sind. Das Echo hat besonders in den schwierigsten Momenten der neueren jüdischen Geschichte in München und Bayern, während deren die Öffentlichkeit sonst eine Vertretung der gefährdeten Judenheit überhaupt nicht bemerkte, dem Judentum mehr genützt, als manche Liberale beurteilen können. Daß die Herausgeber des Echo, die dem Zionismus nahe stehen, gezwungen waren und sind, sozusagen allein die gesamten jüdischen Interessen in der Öffentlichkeit wahrzunehmen, ist ihnen überaus unerwünscht. Die jüdische Allgemeinheit einschließlich der Liberalen hätte Grund zum Dank und zur Anerkennung. Daß den jüdischen Liberalen die Vergangenheit des Echo belastet erscheint, ist tief beschämend — für die Liberalen.

Es ist aber noch nötig, die eigentlichen Beweggründe der Liberalen klarzulegen, nach ihren eigenen — allerdings nicht offiziellen — Erklärungen: Die Liberalen wollen kein gemeinsames jüdisches Blatt, an dem sie und die Zionisten gleichberechtigt wirken können — weil sie die Überlegenheit der Zionisten kennen. Sie geben zu, daß die Zionisten in jüdischen Dingen mehr zu sagen wissen, stärker an den jüdischen Angelegenheiten interessiert sind. Die Liberalen wollen kein Gemeindeblatt schaffen, an dem sie ja den Zionisten als gleichberechtigten Gemeindegliedern die gleichberechtigte Mitwirkung — also genau das, womit sich diese beim Echo begnügen wollten — gar nicht versagen können. Sie wollen die geistige Auseinandersetzung über die Verschiedenheit der Stellung zu den jüdischen Problemen nicht, sie können eine solche Auseinandersetzung — und gar die sich an allen Ereignissen der jüdischen Welt stets erneuernde — gar nicht riskieren, weil sie eingestandenermaßen für eine solche Auseinandersetzung nichts mitbringen. Das haben sie beim letzten Gemeindewahlkampf mit ihren geschlossenen Wahlversammlungen im Gegensatz zu den öffentlichen der jüdischen Volkspartei und jetzt durch ihre Ablehnung des Echo bewiesen. Die Liberalen geben immer aufs Neue ihren Mangel an Fähigkeit zu positiver aufbauender jüdischer Leistung zu erkennen. In der Gemeindestube sind sie Verwalter von Gemeindeeinrichtungen statt Führer der ganzen Gemeinde zu sein, die in dieser Zeit des Judenhasses sich nach Führern sehnt und mit der Gemeinde-Verwaltung keine Berührung hat. In der Ablehnung des gemeinsamen Blattes als gemeinsame Plattform durch die Liberalen dokumentieren diese — eingestandenermaßen — ihre Schwäche.

Es ist tief bedauerlich, daß dies heute nach jahrelangem Zusammenwirken in der Gemeindestube von der liberalen Partei als solcher gesagt werden muß. So lange die einsichtigen liberalen Führer in der Gemeinde, die Sinn für gesamtjüdische Aufgaben haben, sich dem Druck der Radikalen ihrer Partei, der Männer, die mit ihren Anschauungen an der Peripherie des Judentums stehen, fügen, ist dies nicht anders möglich. Von liberaler Seite wurde die Frage, wer die jüdische Gemeinde leiten wird, mit humoristisch sein sollenden Bemerkungen bagatellisiert. Die Herren haben größere Sorgen. (Doch nicht in der Gemeindestube?) Mag sein. Uns ist alles Jüdische wichtig. Unser Judentum ist uns Lebenszentrum. Deshalb sind wir den Liberalen — sie bezweifeln das wohl selbst nicht — als Juden weit überlegen. Deshalb sind wir auch viel stärker als sie zur Führung jüdischer Angelegenheiten legitimiert, innerhalb und außerhalb der Gemeindestube. Die Männer, die nach den Erlebnissen der letzten Jahre nicht mehr jüdisches Gemeinschaftsgefühl haben, als die liberale Gemeindefraktion in dieser Sache zeigte, haben nicht die Eignung zur Führung der Gemeinde. Daran wird man zu geeigneter Zeit erinnern und das sei heute schon allen Gemeindemitgliedern gesagt, die eine lebendige jüdische Gemeinde wünschen, eine Gemeinschaft ihrer Glieder.

Das „Jüdische Echo“ aber wird seiner Aufgabe weiterhin unbeirrt dienen. Alle, die guten Willens sind, gleichviel welcher Partei zugehörig, werden aufgefordert mitzuwirken. Jakob Reich.

• • •

Um den Geist des Vorschlags, gegen den sich die Liberalen gewehrt haben, zu zeigen, lassen wir den Wortlaut des Vorschlags, der dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde München und des Gemeindeverbandes in Briefform zuging, folgen:

München, den 10. März 1924

Herrn

Oberlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer

München

Sehr geehrter Herr Oberlandesgerichtsrat!

Wie ich Ihnen mehrfach dargelegt habe, halte ich ein jüdisches Blatt, an dem die hauptsächlichsten jüdischen Parteien teilnehmen und das mit entsprechender Publizität die jüdischen Interessen vertritt, für eine dringende Notwendigkeit. Im allgemeinen Interesse, das meine näheren Freunde, ebenso wie ich, den unmittelbaren Interessen unserer Gruppe voranstellen, erkläre ich mich bereit, mich bei der Zionistischen Gruppe, die jetzt die Herausgeberrechte des „Jüdischen Echo“ besitzt, für folgendes einzusetzen:

1. Das jüdische Echo wird in ein allgemein neutrales Blatt umgewandelt, dessen Herausgabe nicht mehr von der gegenwärtigen Gruppe, sondern von einem einzusetzenden Redaktionsausschuß erfolgt. Der Redaktionsausschuß setzt sich zusammen aus je einem Beauftragten der hauptsächlichsten Parteien (Liberale, Orthodoxe, Zionisten), unter einem von diesen Vertretern zu wählenden neutralen Vorsitzenden. Dieses Blatt steht sämtlichen Richtungen in gleicher Weise zur Verfügung und gewährt unter den selbstverständlichen, vom Redaktionsausschuß zu wahrenden Einschränkungen politischer Rücksichtnahme, volle Freiheit der Äußerung. Das Blatt wird rechtlich nur von einem verantwortlichen Redakteur, der jüdischen Allgemeinheit gegenüber vom Redaktionsausschuß verantwortet. Keinerlei sonstige Organe, insbesondere nicht Gemeindeverband oder Gemeinden tragen eine Verantwortung für den Inhalt des Blattes.

Dagegen wird es für diese Organe vorteilhaft sein, in diesem Blatte ihre amtlichen Mitteilungen zu veröffentlichen. Dies könnte in der Form besonderer Beilagen, die als solche deutlich kenntlich gemacht werden und deren Inhalt ausschließlich von den betreffenden Organisationen bestimmt und verantwortet wird, geschehen. Es würde in diesen Beilagen deutlich zum Ausdruck kommen, daß ausschließlich diese Beilage von der betreffenden Stelle verantwortet wird.

Finanziell würden die Stellen, welche Beilagen im Blatt erscheinen lassen (es wäre in wechselnder Folge eine Beilage „Gemeindenachrichten" und eine Beilage „Verbandsnachrichten" denkbar), über die selbstverständliche Vergütung für den beanspruchten Raum hinaus keinerlei Leistungen übernehmen. Es wäre auch weiterhin Sache des Verlegers, für geschäftliche Bilanzierung des Unternehmens zu sorgen. Er wird zu diesem Zweck auf private Unterstützung der interessierten Kreise bei seiner Abonnenten- und Inserentenwerbung wohl rechnen können.

Die jüdische Allgemeinheit würde in einem so ausgestalteten Blatt das finden, wessen sie dringend bedarf: 1. Regelmäßige Information über alle jüdischen Angelegenheiten, wobei naturgemäß die politischen Ereignisse in Bayern und Deutschland, die jüdische Interessen betreffen, einen breiten Raum einnehmen müßten. Dadurch würden weite jüdische Kreise, die bisher uninteressiert abseits stehen, eben dadurch interessierter, daß sie informierter sind als bisher. Es liegt meines Erachtens im Interesse aller jüdischen Organisationen und führenden Persönlichkeiten, dahin zu wirken, daß das Interesse aller Juden an Angelegenheiten der jüdischen Gemeinschaft gestärkt wird und ein gemeinsames jüdisches Organ, dessen Inhalt interessant und anregend genug gestaltet wird, erscheint hiezu besonders geeignet. 2. Würde dieses Blatt im Abwehrkampf, der besonders während der bevorstehenden Wahlbewegung von großer Wichtigkeit ist, sich Geltung verschaffen und bewirken, daß die Öffentlichkeit nicht ausschließlich von der Judenhetze beherrscht wird. Um diesem allgemeinen Interesse zu dienen, sind die gegenwärtigen Herausgeber des Jüdischen Echo bereit, ihre Herausgeberrechte aufzugeben. Es sei darauf hingewiesen, daß jederzeit die Möglichkeit besteht, das Jüdische Echo in seiner bisherigen Form neu herauszubringen und hiezu keinerlei Unterstützung bisher fernstehender Kreise nötig wäre, daß also nicht etwa innere Schwierigkeiten zu diesem Vorschlag, der im wesentlichen schon seit längerer Zeit gemacht wurde, Anlaß geben.

Es ist dringend nötig, nunmehr eine Entscheidung zu treffen, ob das Jüdische Echo in seiner bisherigen Form wieder erscheinen soll oder ob ein neues Blatt nach diesem Vorschlag herauskommt. Ich bitte deshalb die Entscheidung der Stellen, die für eine Beteiligung im vorgeschlagenen Sinne erforderlich sind, mit möglichster Beschleunigung herbeizuführen. Als Eventualität möchte ich noch erwähnen, daß auch ein privates Herausgeberkomitee aus Vertrauensleuten der betreffenden Richtungen als Herausgeber fungieren könnten und daß der Gemeindeverband im wesentlichen nichts anderes übernähme, als dem neugestalteten Blatt seine Mitteilungen regelmäßig beizugeben, was an sich der Verband, wie dies allgemein von Behörden u. dgl. geschieht, tun könnte, ohne etwas mit dem Inhalt des Blattes zu tun zu haben.

Ich erwarte Ihren baldgefl. Bescheid und bin

mit ergebensten Grüßen

Ihr

gez. **Jakob Reich.**

Die seelischen Wirkungen des deutschen Judenhasses

Im Bund jüdischer Frontsoldaten sprach Rabbiner Dr. Tänzer aus Göppingen über dieses Thema. Der Vortragende weist einleitend auf die Notwendigkeit der Behandlung dieses Themas hin, weil die jüdischerseits aus dem Bestreben nach Wahrhaftigkeit und Selbsterkenntnis bisher erfolgte psychologische Ergründung des Judenhasses sich nur mit den seelischen Ursachen derselben, nicht aber mit seinen tiefgehenden seelischen Wirkungen auf die Juden selbst befaßte. Die Judenfeinde in Deutschland rechnen auch heute wieder mit der notorischen und in der Religion begründeten Vergeßlichkeit der Juden für erlittene Unbill, die sie immer wieder zu den treuesten Patrioten werden ließ, sobald der Judenhaß, der immer nur Mittel zu fremdem Zwecke war, von seinen Urhebern beiseite gelegt wurde. Heute dürfte dies kaum zutreffen, weil die derzeitige antisemitische Schmutzwelle nicht nur ein tiefes geistiges und sittliches Niveau, sondern zugleich den empörendsten Undank nach den hervorragenden Leistungen der Juden im Weltkriege bedeute. Seine seelischen Wirkungen auf die Juden seien so tiefe, daß sie nur schwer überwunden werden könnten. Der Redner schildert sodann den Seelenzustand der Deutschen und der Juden vor 10 Jahren bei Ausbruch des Krieges, der von allgemeiner Verbrüderung erfüllt war und auch den deutschen Juden das Gefühl restloser Heimatlichkeit in Deutschland gab. Eine Gegenüberstellung des heutigen Seelenzustandes der deutschen Juden ergibt diese seelischen Wirkungen, die der Redner ausführlich schildert und die alle das Gefühl der Heimatlichkeit schwer erschüttern mußten. Die fehlende absolute Sicherheit für Leben, Ehre und Eigentum, die Unsicherheit und Befangenheit im Verkehre mit Nichtjuden, das Mißtrauen und Wittern von Judenfeindlichkeit, die aus der steten Rücksicht auf das Urteil nichtjüdischer Kreise sich ergebende Unfreiheit des eigenen Wesens. Unter Hinweis auf den Rathenau-Gedenktag bespricht er als weitere Wirkung die immer mehr zunehmende Zurückhaltung der tüchtigsten jüdischen Kräfte von der Mitarbeit im öffentlichen Leben, legt das seit 1000 Jahren ohne Erfolg geübte Ringen des Juden um die deutsche Volksseele mit allen Mitteln der Hingabe dar, weil die alle paar Jahre auftretende Volksvergiftung durch den Judenhaß die deutsche Seele nicht zur Ruhe kommen ließ. Nunmehr drohe sich auch der jüdischen Seele ein

Gefühl der Entfremdung zu bemächtigen. Er wünschte deshalb, diese überlauten Beteuerungen der Juden von ihrem treudeutschen Empfinden würden aufhören, da ja nur im Vertrauen auf sie die Gegner ihr frevelhaftes Spiel wagen. Vielmehr sollten diese in mutiger und stolzer Weise auf die begrenzte Duldungsfähigkeit der jüdischen Seele und auf das Beispiel Spaniens und auf den drohenden Verlust der jüdischen Seele für das Deutschtum hingewiesen werden. Die seelischen Wirkungen des Judenhasses müssen am tiefsten von den ehemaligen Frontsoldaten empfunden werden, denen in niederträchtiger Weise Feigheit vorgeworfen werde. Der Redner schildert seine eigenen Eindrücke im Felde während seiner dreieinhalbjährigen Tätigkeit als Feldrabbiner, die gerade das Gegenteil bezeugen. Er weist auch darauf hin, wie sehr gerade die Zionisten sich im Felde hervortaten und er sehr oft an den gefährdetsten Stellen der Front, als Ärzte in den Seuchenlazaretten usw. die eifrigsten Zionisten gefunden habe. Die Lüge von der Feigheit der jüdischen Soldaten im Felde sei der Lüge von der deutschen Alleinschuld am Kriege durchaus moralisch gleich zu bewerten. Ludendorffs neuerliche Behauptung vom Deutschenhaß der Juden richte sich von selbst durch folgende Momente. Er sei den Beweis für seine Behauptung schuldig geblieben, da das schwindelhafte Machwerk der „Weisen von Zion" gewiß nicht als Beweis dienen könne, wie auch nicht das auf diesem aufgebaute Fordsche Buch. Sodann habe General Ludendorff während des Krieges nichts hiervon gewußt, da er den Ostjuden vieles Wohlwollen erwiesen habe, wie er selbst erzählt. Auch habe er dem Redner selbst ein Dankschreiben für seine beiden Bücher über Brest-Litowsk, die er ihm sandte, zugehen lassen. Endlich stehe Ludendorff mit seiner Behauptung von der Deutschfeindlichkeit der Juden unter den ehemaligen kommandierenden Generälen vereinzelt da, worüber der Redner interessante Mitteilungen aus seinen eigenen Erfahrungen macht. Das geschichtliche Denken des Juden lasse ihn auch den heutigen Antisemitismus kaltblütig hinnehmen, da er nur ein in der jüdischen Geschichte oft genug wiederkehrendes Bild zeige. Als von den Feinden ungewollte gute seelische Wirkung des Judenhasses müsse die Erstarkung des religiösen Gefühles und der Zusammengehörigkeit der Juden betrachtet werden. Und ebenso das erfreulicherweise auch bei den deutschen Juden zunehmende Interesse für die Schaffung eines jüdischen Kulturzentrums in Palästina. Die großen deutschen Reichsorganisationen forderte der Redner zum Schlusse zum großzügigen Wirken für Volksentgiftung und umfassende Belehrung über das wahre Wesen von Juden und Judentum auf.

Der Vortrag erntete wohlverdienten starken Beifall, der als erfreuliches Anzeichen für die Entwicklung in der Ortsgruppe gedeutet werden kann. Der frühere Vorsitzende derselben gab dem Vortrag eine mißverstandene Auslegung. Seine Ausführungen wurden durch Herrn Dr. Tänzer unter erneutem Beifall glänzend widerlegt.

Die Ermordung Dr. de Haans

Die kurze Nachricht von der Ermordung Dr. de Haans, die uns vorige Woche nach Redaktionsschluß erreichte und deshalb nur kurz wiedergegeben werden konnte, beleuchtet grell die traurigen Verhältnisse, die politische Verhetzungen in Palästina geschaffen haben und unter denen das Aufbauwerk naturgemäß außerordentlich leidet. Es ist unnötig zu betonen, daß man den Mord verdammt, denn dies ist doch wirklich selbstverständlich. Es ist traurig genug, daß überhaupt die Vermutung eines politischen Mordes möglich ist — andere Möglichkeiten sind angesichts der Tatsache, daß der Tote viele persönliche Gegner hatte, durchaus gegeben — und bei dem größten Mitgefühl für das Schicksal des Toten und seine Familie wird man die Frage nicht unterdrücken können, wer die politische Atmosphäre in Palästina so sehr vergiftet hat, daß der Gedanke möglich ist, bevor man vom Mörder und seinen Motiven eine Spur hat, in der Mordtat politische Beweggründe zu suchen. Da muß gesagt werden, daß Dr. de Haan von der Agudah auf einen politischen Posten gestellt wurde, für den die Maßlosigkeit seiner Feindschaft gegen alles Zionistische ihn durchaus ungeeignet machte. de Haan, der übrigens mit einer Christin verheiratet war, ist ein religiöser Schwärmer gewesen, der zu verhindern suchte, daß Juden Palästina aufbauen, im Land an Zahl und Macht zunehmen, dessen Leben nicht oder nicht ausschließlich von den religiösen Vorschriften bestimmt wurde. In diesem Bestreben war ihm jedes Mittel recht. Er verbündete sich mit dem Feinde der jüdischen Gemeinschaft in Palästina, gleichviel ob es arabische Nationalisten oder englische Antisemiten in London waren, er denunzierte die Zionisten bei Lord Nortkliff, dem schlimmsten Zionistenfeind und beim arabischen König Hussein. Mit einem Wort, er war ein politischer Gegner, der die Grenzen seiner Gegnerschaft nicht im gemeinsamen Interesse des jüdischen Aufbaues in Palästina sah, sondern er tat alles, um den Aufbau zu stören, ungeachtet des Umstandes, daß er letzten Endes allen Juden, auch den orthodoxen, im Lande ungeheuer geschadet hat.

Der traurige Vorfall sollte Anlaß zur Einkehr und Umkehr sein und alle Faktoren dahin bringen, die gemeinsame Basis für den Palästinaaufbau, an dem jeder Wirkungsmöglichkeiten hat, zu suchen. Bisher hat die Agudah ganz besonders durch Dr. de Haan den Aufbau gehemmt und im Lande nichts geleistet. Es eröffnet allerdings die schlimmsten Aussichten, wenn die Agudah es nun vermochte, in einem Telegramm an das englische Kolonialamt mit dem Ersuchen, die Mörder zu bestrafen (ist das nicht selbstverständlich?), eine politische Forderung zu verbinden. Ob das politischem und menschlichem Takt entspricht, überlassen wir dem Urteil der jüdischen Öffentlichkeit. Wir wollen aber „in diesem Augenblick alle Bitterkeit unterdrücken und nochmals die Mahnung aussprechen, alle Differenzen hintanzusetzen und den tiefsten Abscheu vor dem Morde zum Ausdruck bringen" — aber auch die Mahnung zum gemeinsamen Aufbau.

Der Mord an Dr. de Haan

Jerusalem (J.T.A.). Über den am 30. Juni abends an Dr. Jacob de Haan in Jerusalem verübten Mord ist noch zu melden:

Das Attentat geschah um 8 Uhr abends im Hof des Krankenhauses des Herrn Dr. Vallach, als Dr. de Haan gerade die Krankenhaus-Synagoge verließ, wo er das Abendgebet verrichtet hatte. Dr. de Haan wurde von drei Kugeln getroffen, er starb 5 Minuten nach dem Attentat. Von den Tätern fehlt noch immer jede Spur.

Dr. Jacob de Haan, der Führer der antizionistischen orthoxischen Juden in Palästina, sollte noch in dieser Woche an der Spitze einer Delegation orthodoxischer Juden nach London abreisen. Der Zweck der Reise war, gegenüber dem Kolonialamt in London im Namen der palästinensischen Agudisten Einwände gegen die geplante neue Ge-

meindeordnung zu erheben. Nach Ansicht der Agudisten würde eine Sanktionierung dieser Ordnung zur Folge haben, daß die orthodoxischen Gemeinschaften unter zionistische Bevormundung kommen würden.

Durch das tragische Ende Dr. de Haans ist nun die Abreise der Delegation, zu der auch Dr. Vallach gehörte, in Frage gestellt worden.

Die palästinensische Agudah ersucht telegraphisch das Kolonialamt, die Mörder de Haans zu bestrafen

J e r u s a l e m (J.T.A.). Laut der palästinensischen Telegraphenagentur hat die Agudas-Jisroel-Organisation in Jerusalem in der Angelegenheit des Mordes an Dr. de Haan am 3. Juli der palästinensischen Regierung ein Memorandum unterbreitet und zugleich an das Kolonialamt in London telegraphiert. Es wird ersucht, alle Mittel zu ergreifen, um die Mörder Dr. de Haans ausfindig zu machen und zu bestrafen.

Zu gleicher Zeit wird nachdrücklich ersucht, den jüdisch-orthodoxischen kommunalen Organisationen in Palästina volle Freiheit zu gewähren; das wäre das einzige Mittel, dem Konflikt zwischen den beiden jüdischen Parteien in Jerusalem Einhalt zu gebieten.

Die Agudah gegen die zionistische Presse. — Eine Wendung an Sir Herbert Samuel

L o n d o n (J.T.A.). Am 3. Juli abends fand in London eine Versammlung des Zentralrats der englischen Agudas Jisroel statt. Den Vorsitz führte der Präsident der Weltorganisation der Agudah, Dr. Pinchas Kohn. Es wurde eine Resolution angenommen, in der das Attentat an Dr. de Haan scharf verurteilt wird. Es wird weiter gesagt, die zionistische Presse trage die Verantwortung für die Feindschaft unter den jüdischen Brüdern. Die Resolution bezieht sich keineswegs auf die zionistische Organisation, sondern nur auf gewisse Tendenzen einzelner zionistischer Zeitungen.

Es wurde beschlossen, bei Sir Herbert Samuel anzufragen, ob nicht endlich eine Möglichkeit geschaffen werden könne, eine freundschaftliche Einigung bezüglich der Position der Agudah in der Sache der Gemeinden herbeizuführen, damit die Agudas Jisroel es nicht mehr nötig haben solle, sich offiziell an das Kolonialamt zu wenden.

Beileidskundgebungen an die palästinensische Agudah

J e r u s a l e m (J.T.A.). Die palästinensische Agudas Jisroel hat von dem palästinensischen General-Anwalt, Norman Bentwich, ebenso von den französischen und spanischen Konsuln in Jerusalem Beileidskundgebungen aus Anlaß der Ermordung Jacob de Haans erhalten. Auch aus dem Auslande trafen Kondolenzen ein.

Anfrage im Unterhaus über den Mord an de Haan

L o n d o n (J.T.A.). In der Unterhaussitzung v. 4. Juli hat Lieut.-Colonel Howard Bury an den Staatssekretär für die Kolonien die Frage gestellt, ob er irgendwelche Informationen über den Mord an dem prominenten Antizionisten, Dr. de Haan, zu erteilen in der Lage wäre; ob er wüßte, daß de Haan im Begriffe war, nach London zu reisen, um dem Kolonialamt die Einwände der orthodoxischen antizionistischen Juden gegen jene Verordnungen darzubringen, die geeignet wären, diese Juden unter eine zionistische Herrschaft zu stellen; endlich, ob er unverzüglich die nötigen Schritte zur Ergreifung des Mörders einleiten wolle.

Eine Antwort wurde in dieser Sitzung nicht erteilt.

Konfessioneller Friede

In Nr. 27 des „Jüd. Echo" haben wir anknüpfend an die Leitsätze, welche der neue Ministerpräsident Held seiner Programmrede zugrunde legte, auseinandergesetzt, wie er sich den konfessionellen Frieden denkt und wie er scheinbar die Juden von diesem Frieden ausgeschlossen hat. Es ist diese Unterlassung des Herrn Ministerpräsidenten umso merkwürdiger, als an einer anderen Stelle der Rede ausgeführt ist: „Ich vertrete die Auffassung, daß nur eine Erziehung auf dem Boden p o s i t i v c h r i s t l i c h e r G r u n d s ä t z e und in **Auswirkung der 10 Gebote Gottes** unserem Volke und seiner Gemeinschaft dienlich ist" usw. Der Herr Ministerpräsident ist nach seiner Kundgebung zu schließen auf dem Boden des Alten Testaments gut beschlagen und es dürfte ihm daher sicher nicht unbekannt sein, daß die 10 Gebote dem israelitischen Volke am Berge Sinai offenbart wurden. Und wenn nun dem Herrn Präsidenten die Gesetzgebung am Sinai so sehr ins Herz gedrungen ist, dann wird er sicher das gleiche Herz nicht den Worten verschließen, welche Gott im Anschluß an die 10 Gebote dem Volke ans Herz legte. Wir lesen da in der heil. Schrift: „Den Fremdling sollst du nicht kränken und ihn bedrücken." Wenn er nun bei seiner Kundgebung für den konfessionellen Frieden nur an die Christenheit dachte, so hätte er doch im Anschluß hieran nicht unterlassen dürfen, auch darauf hinzuweisen, daß auch den Bürgern des Landes, welche nicht dem christlichen Bekenntnis angehören und welche n a c h s e i n e r A u f f a s s u n g scheinbar Fremdlinge sind, der Schutz zu gewähren ist, welcher ihnen Bewegungsfreiheit sichert.

J. F.

Aus der jüdischen Welt

Deutschland

Professor Willstätters Rücktritt

Berlin. (J.T.A.) Professor Willstätters Verzicht auf den Münchener Lehrstuhl für Chemie wegen des antisemitischen Verhaltens des Professorenkollegiums der Münchener Universität bildet noch immer Gegenstand der Diskussion in fast der gesamten deutschen Presse. Wie aus München telegraphiert wird, beabsichtigt der Mathematiker Pringsheim, sich dem Protest Willstätters anzuschließen und auf einen Lehrstuhl zu verzichten. In einer Besprechung des Falles Willstätters erinnert die „Frankfurter Zeitung" daran, daß auch der bedeutendste amerikanische Biochemiker der Gegenwart, Professor Dr. Jacques Loeb, ein deutscher Jude ist, der Deutschland wegen antisemitischer Anfeindungen verlassen hat, und daß die amerikanische chemische Industrie sich heute schon zu einer beachtenswerten Konkurrenz für die deutsche entwickelt hat. Die Zeitung schließt: „Der wissenschaftliche Antisemitismus ist der allergefährlichste, denn er schädigt Deutschland wissenschaftlich, wirtschaftlich und moralisch in der ganzen Welt aufs allerschwerste." — Wie aus Heidelberg gemeldet wird, hat Professor Willstätter einem Ruf der Universität Heidelberg zur Übernahme des Lehrstuhls der Chemie Folge geleistet. Die Einladung des preußischen Kultusministers, der ihm eine freie Forscherstelle in Berlin an der Kaiser Wilhelm-Akademie angeboten hatte, hat Professor Willstätter nicht angenommen. (Wir geben diese Mitteilung mit allem Vorbehalt wieder. D. Red.)

Die nächste Hauptversammlung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten

Berlin. (J.T.A.) Am 21. und 22. September 1924 findet in Berlin die ordentliche Hauptversammlung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten statt. In Verbindung mit dieser Tagung macht einer der Führer der Mitglieder des Reichsbundes, Herr Ledermann, in der Verbandszeitschrift „Der Schild" die Anregung, eine Verbreiterung der Grundlage des Reichsbundes vorzunehmen, wie dies von zahlreichen Jugendkreisen stürmisch gefordert wird. Man will neben der Mutterorganisation eine Jugendorganisation gründen, welche Abwehrarbeit im Sinne des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten leistet. Einzelne Ortgruppen haben bereits Jugend-Förderer-Gruppen gegründet. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten sucht Verbindung mit schon bestehenden Sport- und Jugendvereinen und versucht, ihnen eine Rahmenorganisation zu sein für ihre sportliche Betätigung. „Die junge Front" — so schließt Herr Ledermann — „wird auch im Augenblick der Notwehr bereit sein, mit uns in die Bresche zu springen, wenn ein aufgehetzter Mob es versuchen sollte, Leben, Eigentum und Ehre unserer Glaubensgenossen zu bedrohen."

Das Ergebnis der Berliner Studentenwahlen

Berlin. (J.T.A.) Am 3. Juli abends waren die Wahlen in das Berliner Studentenparlament beendet. Das Skrutinium erbrachte das überraschende Resultat, daß die bisherige Zweidrittelmehrheit der Rechtsgruppen gebrochen worden ist. Abgegeben wurden 3771 Stimmen, davon 1359 für die Linksgruppen. Es erhielten: Deutscher Studentenbund 18 Mandate (vorher 18), Vereinigte jüdische Gruppe 6 (4), Jugendbewegung 7 (5), Kommunisten 3 (1); Finkenschaft 30 (28), Korporationen 12 (17), Berliner Waffenring 23 (22). Die drei letzten Rechtsgruppen bilden also noch immer die Mehrheit, jedoch statt früher mit 67 jetzt mit 65 Stimmen. Der Wahlkampf wurde mit einer an der Universität noch nie beobachteten Heftigkeit geführt. Der Studentenausschuß hat bei der Erteilung der Wahllegitimationen von den Auslandsdeutschen ein Religionsbekenntnis gefordert. Dagegen protestierten die Minderheitsgruppen mit der Begründung, daß diese Forderung eine krasse Verletzung der Reichsverfassung bedeutet. Universitätsrat Markart gab dieser Beschwerde statt, so daß am dritten Wahltage von der erwähnten Forderung abgesehen worden ist. Inzwischen sind auf diese Weise viele ausländische jüdische Studenten ihres Stimmrechtes beraubt worden.

Amerika

Die amerikanische Zionistenkonferenz für die Verlegung der Zionistischen Leitung nach Jerusalem

New York. (J.T.A.) Die 27. Jahreskonferenz der zionistischen Organisation Amerikas, die soeben in Pittsburg stattfand, hat eine Resolution angenommen, in der die Verlegung der Leitung und des Hauptbüros der zionistischen Organisation von London nach Jerusalem gefordert wird. — Folgende Persönlichkeiten sind in die neue Exekutive der amerikanischen zionistischen Organisation gewählt worden: Die Herren Louis Lipsky, Richter Bernard, A. Rosenblatt, Max Schulman, Rabbiner Silver, Frl. Henriette Szold, Dr. Tannenbaum, Meister, Cohheim, Ab. Goldberg, Boris Grabelsky, Emanuel Neumann, Morris Rothenberg, Louis Topkis und Kalisky.

England

Sir Herbert Samuel in London eingetroffen

London (J.T.A.). Am Abend des 2. Juli trafen der High Commissioner für Palästina, Sir Herbert Samuel und seine Gattin Lady Samuel, in London ein. Sie wurden auf dem Bahnhof von Sir Renald Storrs, Lady Storrs, Major Hubert Young, der als Vertreter des Kolonialamtes erschienen war, sowie von Verwandten und Freunden begrüßt.

Pressevertretern gegenüber sagte Sir Herbert, er sei tief erschüttert über den Mord an Dr. de Haan. Sofort nach seiner Ankunft sandte er ein Telegramm nach Palästina, in welchem er den Verwandten Dr. de Haans sein tiefstes Beileid ausspricht.

Am 3. Juli besuchten Sir Herbert und Lady Samuel den palästinensischen Pavillon in der britischen Reichsausstellung zu Wembley. In ihrer Begleitung befanden sich die folgenden Persönlichkeiten: Sir Ronald Storrs, das ehemalige Oberhaupt der militärischen Verwaltung Palästinas, General Sir A. Money, Dr. G. Halpern, Herr Walter S. Cohen und Herr L. S. Stein. Lady Samuel wurde beim Betreten des Pavillons ein Bouquet überreicht. Vor seiner Abreise empfing er eine Delegation des Waad Leumi (Jüdischer Nationalrat), der er erklärte, daß er im September nach Palästina zurückkehren werde, um noch ein Jahr dort zu bleiben bis zum Ablauf seiner auf fünf Jahre, also bis Sommer 1925, laufenden Amtsperiode. (Ziko.)

Die englische Königin nimmt eine Kiste eisgekühlter Jaffaer Orangen als Geschenk entgegen

Die englische Königin hat als Geschenk der Kooperative der palästinensischen Orangenzüchter „Pardess" eine Kiste Jaffaer eisgekühlter Orangen entgegengenommen. Der Vertreter der „Pardess"-Genossenschaft auf der Ausstellung in Wembley

Fortsetzung auf Seite 16

MITTEILUNGEN
des Israelitischen Lehrervereins für Bayern
Schriftleitung: M. Rosenfeld, München

Nr. 11 **München, 11. Juli** **1924**

Notwendigkeit und Aufgaben des Wiederaufbaues im deutschen Judentum

Referenten: Herr Seminaroberlehrer Stoll-Würzburg, Herr Lehrer H. Oppenheimer-Laudenbach.

Leitsätze:

I. a) Die entvölkerten Schulen und verarmten Gemeinden sind Zeichen des Verfalls und der Auflösung des deutschen Judentums.

b) Die Berufsflucht der Beamten, die Entvölkerung der Lehrerbildungsanstalten und die Verschlechterung der Aussichten für den jüdischen Volksschullehrerberuf bedeuten eine unmittelbare Gefahr für den Fortbestand jüdischen Lebens auch in den Großgemeinden.

II. Ein geistiger und wirtschaftlicher Wiederaufbau ist anzustreben und erreichbar:

a) Durch Vermittlung sinaitischen Judentums in Schule und Leben.

b) Durch Erziehung des Juden zum Handwerker und zum Landwirt unter Beobachtung traditionellen Lebens.

III. Das jüdische Schulwerk ist auf den geistigen Um- und Aufbau einzustellen und zu gliedern:

a) in Unterstufe: Volks- und Religionsschule,

b) in Mittelstufe: Bürgerschulen mit fachlicher Ausbildung für Gewerbe, Handwerk, Landwirtschaft,

c) in Oberstufe: Höhere Schulen mit besonderer Berücksichtigung der Lehrerbildung.

d) Der jüdischen Lehrerbildung erwächst die Aufgabe, den Lehrer der Zukunft heranzubilden: Er stehe auf der Höhe der Allgemeinbildung der Zeit und sei ein begeisterter Träger der jüdischen Kulturgüter. Dementsprechend ist die jüdische Lehrerbildung zu erweitern und zu vertiefen bis zur Erreichung der Selbständigkeit im Quellenstudium.

IV. Die Gesamtheit der deutschen Juden in organischer Zusammenarbeit der Verbände kann und soll das Fundament schaffen zur geistigen und wirtschaftlichen Wiedergeburt des deutschen Judentums.

a) An die Gemeindeverbände sind im Hinblick auf die geistige Wiedergeburt folgende Anträge zu stellen:

1. Regelung und Sicherung der Anstellungs-, Besoldungs- und Versorgungsverhältnisse nach staatlichem Beispiel.
2. Förderung des Zusammenschlusses von Kleingemeinden zur Schaffung tragfähiger Beamtenstellen.
3. Übernahme der Gehalts- u. Versorgungsbezüge in leistungsschwachen Gemeinden auf den Verband unter Heranziehung der Einzelgemeinden zu finanziellen Leistungen an die Verbandskasse.

b) Für den wirtschaftlichen Aufbau wird den Verbänden empfohlen:

1. Förderung von Einrichtungen, welche die jüdische Jugend dem Handwerk und der Landwirtschaft zuführen.
2. Förderung von Landwirtschafts- u. Handwerksbanken zum Zwecke der Errichtung und Erhaltung der betreffenden Betriebe.

Pädagogischer Kongreß

Vom 28. bis 30. August dieses Jahres findet in München ein Pädagogischer Kongreß statt. Folgende Themata werden behandelt:

1. Sinn und Ergebnisse der Reichsschulkonferenz;
2. die Philosophie der Gegenwart und ihr Einfluß auf das Bildungsideal;
3. die Entwicklung der Schulgesetzgebung in den deutschen Ländern seit 1918;
4. Volkserziehung durch die Schule;
5. Möglichkeiten und Grenzen der experimentellen Pädagogik;
6. Versuchsschulen und Schulversuche in den deutschen Ländern;
7. Höhere Schule — Aufbauschule;
8. die derzeitige Lage der Mädchenbildung;
9. die freie Volksbildungsarbeit.

Als Hauptreferenten sind bis jetzt gewonnen: Univ.-Prof. Dr. Gg. Kerschensteiner, Univ.-Prof. Dr. Litt-Leipzig, Univ.-Prof. Dr. Al. Fischer, Stadtschulrat Dr. Sickinger-Mannheim, Univ.-Prof. Dr. G. Deuchler-Hamburg, Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer-Berlin, Direktor Bäuerle-Stuttgart. Es steht jedem Teilnehmer frei, an der Diskussion teilzunehmen (Debattezeit 5—10 Min.). Die gesamten Verhandlungen werden in einem gedruckten Kongreßbericht veröffentlicht.

Vormerkungen für Referate (auch Korreferate) werden bis 15. Juli entgegengenommen. Teilnehmergebühr 5 Goldmark. Um frühzeitig einen Überblick über die Zahl der Kongreßteilnehmer zu gewinnen, ist baldigst Anmeldung und Vorausbezahlung erwünscht; erfolgt diese vor 15. Juli, so wird Ermäßigung der Gebühr auf 4 Goldmark gewährt und die Teilnehmerkarte zugeschickt.

erklärte dazu Pressevertretern: „Diese Orangen beweisen den Erfolg des ersten Versuchs, Orangen auf Eis zu konservieren. Die Orangen werden zwar recht oft während ihres Wassertransportes drei bis vier Wochen auf Eis gehalten, aber unsere jetzt Königin Mary geschickten Orangen werden bereits seit April auf Eis konserviert und sind dennoch jetzt so frisch, als ob sie eben vom Baum gepflückt wären. Wir hoffen, durch weitere Experimente es zu ermöglichen, daß unsere Orangen auch während der heissen Sommermonate, wo man sie am nötigsten hat, in England zum Absatz gelangen. (Ziko.)

Palästina

Die Direktoren der Pica

Jerusalem. (J.T.A.). Das offiz. „Commercial Bulletin“ veröffentlicht die folgende Registrierung: Palästina Jowish Colonisation Assoziation (Gründung des Herrn Edmond de Rothschild). Direktor James de Rothschild. Gegenstand: Kolonien gründen, übernehmen, leiten, sowie Gründung von Landwirtschafts-, Handels- und Industrieunternehmungen usw. Sitz: Palästina. Die Unterzeichner: Edmond de Rothschild, Paris; Franz Philipson, Brüssel; Salamon Reinach, Paris; Gaston Wormser, Paris; Michel Polak, Paris: James de Rothschild, London; Leonhard Cohen, London.

Ein Büro zur Förderung der jüdischen Touristik in Palästina

Die Direktoren des KKL haben den Vorschlag seiner Propagandaabteilung angenommen, eine gewisse Summe für die Förderung der jüdischen Touristik in Palästina zu bestimmen und zwar soll, wenn möglich mit Hilfe der Exekutive und des KH ein Touristenbüro errichtet werden zwecks Unterstützung der Touristen bei ihren Reisen durch das Land. Auf diese Weise würden die Fehler der letzten Saison vermieden werden, die hauptsächlich eine Folge des Fehlens eines offiziellen Büros für jüdische Touristen waren. Das Büro soll sobald wie möglich eröffnet werden. (Ziko)

Eine hebräische Frauenzeitschrift in Palästina

Mit Beginn des Jahres 5685 soll in Jerusalem eine neue hebräische Zeitschrift zu erscheinen beginnen, die den Fragen der jüdischen Frau in Palästina gewidmet ist. Diese Zeitschrift, die auch eine englische und deutsche Beilage enthalten soll, wird als Organ der Vereinigung jüdischer Frauen in Palästina, der amerikanischen Organisation der jüdischen Frauen Hadassah, der Vereinigung der Arbeiterinnen in Palästina und der Weltorganisation der zionistischen Frauen in London erscheinen. (Ziko)

Trockenlegung der Kischon-Sümpfe bei Jadjur

Die Siedler der für die deutschen Juden vorgesehenen Siedlung Jadjur bei Haifa haben mit dem KKL eine Vereinbarung getroffen, wonach sie die Vorarbeiten für die Entsumpfung der Umgebung übernehmen werden. Der KKL hat einen Betrag von £ 1900 für diese Vorarbeiten bestimmt, die sich auch auf den größeren Plan der Trockenlegung des Bettes des Kischon beziehen, der Jadjur durchquert, und dessen Trockenlegung nicht nur für die nähere Umgebung, sondern auch für alle Siedlungen östlich Haifas von Bedeutung ist, da der mittelländische Wind Unmengen von Moskitos aus den Sümpfen und Mooren in die kultivierten Länder der Emek-Kolonien treibt. Traktoren und Pumpen für diese Arbeit sind erstanden und an Ort und Stelle gebracht worden. Die Siedler von Jadjur, die unter technischer Beaufsichtigung selbst diese Vorarbeiten durchführen wollen, sind Mitglieder der deutschen kooperativen Gruppen „Zwi“ und „Ah'wah“. (Ziko.)

Rußland

Mißernte in den jüdischen Kolonien Südrußlands

Riga. (J.T.A.) Im Zusammenhang mit der regenarmen Periode in der Ukraine ist auch für die jüdischen Kolonien in der Krim eine schwere Zeit hereingebrochen. Die jüdischen Kolonien, unter ihnen „Tal Chaj“ und „Hamischmor“ werden sehr empfindlich unter der Mißernte zu leiden haben. Die Kolonien haben sich vergebens an das ukrainische staatliche Hilfskomitee für Landwirtschaft um Hilfe gewandt. Da „Joint“ liquidiert hat und die Gesellschaft „Ort“ keine landwirtschaftlichen Kredite jetzt geben kann, ist die Lage der jüdischen Kolonien eine sehr schlechte.

Literarisches Echo

Professor Dr. J. Ziegler. Die sittliche Welt des Judentums. Verlag v. W. M. Kaufmann-Leipzig.

Ein neues Werk von Ziegler bringt stets einen neuen Baustein zum Erziehungswerk unseres Volkes, und wer die früheren Schriften des Rabbiners von Karlsbad kennt, erwartet einen wertvollen. Auch diesmal bietet der Autor uns ein Buch, von dessen Lektüre wir nicht leer zurückkehren, ein Buch, das man nicht einmal liest, sondern das man immer wieder zur Hand nehmen wird, genau so wie es der Verfasser mit der Bibel wünscht und erstrebt. „Zurück zur Bibel“ ist der Weg, den dies Buch führen und die Tat, die es vollbringen möchte. Zwei Typen unterscheidet er, an die er sich mit dem Mahnruf wendet. Die gebildeten, literarisch und ästhetisch interessierten Teile unseres Volkes, die Geistesschöpfungen aller Zeiten und Nationen in sich aufnehmen — aber die Bibel aus ihren Bücherschätzen ausschließen — und die Massen, die einst die Bibel täglich gelesen, deren Geistesnahrung heute aber die Zeitung ist. Ich fürchte, daß Zieglers Werk sich vergeblich an die Tausende und Abertausende dieser Männer und Frauen wendet, die nie ein Buch zur Hand nehmen, sie werden auch Zieglers Buch ungelesen lassen, schon deshalb, weil die Vorbemerkungen zu den sechs Kapiteln auf einer geistigen Höhe stehen, zu der der Durchschnittsleser nicht emporsteigen kann. Diesem Kreis haben die 1913/14 erschienenen Volksschriften über die jüdische Religion von Ziegler weit eher Rechnung getragen. So bleibt als Leserkreis die gebildete Schicht. Ihnen bieten die sechs Kapitel: Die Sendung Israels — Israels Gottesidee — Gott und Mensch — Von Mensch zu Mensch — Mensch und Tier — der Frieden — in reicher Fülle Edelsteine aus der sittlichen Welt des Judentums, das Auge zu erfreuen, das Denken zu bereichern, das Gefühl zu veredeln. Mancherlei Ausführungen der Vorbemerkungen werden nicht ohne Widerspruch bleiben, dagegen wird die Auswahl der Texte, die hebräisch und deutsch die sittliche Welt der heiligen Schriften in logischem Aufbau nahe bringen, Anerkennung und Dank finden. Wir hoffen, daß die Aufnahme des 1. Teils des Werkes den Verfasser veranlaßt, auch bald die im Vorwort angekündigten Teile zu veröffentlichen, deren Texte aus der Zeit „vom Abschluß des Kanons bis Saddja“, „von Saddja bis Mendelsohn“ stammen. Wenn auf diesem Wege die Bibel wieder das Buch des jüdischen Hauses wird, so wäre dies der beste Erfolg, den wir Dr. Ziegler und der Großloge für den Tschechoslowakischen Staat, die das Werk herausgegeben hat, wünschen. Der Verlag von Kaufmann-Leipzig hat für eine würdige Ausstattung des Buches nach Papier und Druck Sorge getragen. S. D.

Sport-Echo

F.-Kl. Fortuna I : Bar Kochba I 4:1, Ecken 3:1. Es gibt böse Zungen, die behaupten, daß es der I. F.-Ballmannschaft des B.-K. doch noch einmal gelingen werde, ein Spiel gegen einen Gegner nicht zu verlieren, unter der Voraussetzung allerdings, daß der Sieg einer Mannschaft nicht von der Zahl der erzielten Tore, sondern der — beinahe geschossenen Goals abhängig gemacht wird. Es wäre boshaft, sich dieser Annahme anzuschließen, doch so viel muß betont werden, daß ein Körnchen Wahrheit doch in dieser Behauptung steckt; und von welch unangenehmer Größe dieses Körnchen ist, das zeigt mit grausamer Deutlichkeit das am 6. Juli gegen F.-Kl. Fortuna ausgetragene Freundschaftsspiel.

Zu Beginn des Spieles zeigte sich eher eine kleine Überlegenheit Bar Kochbas, die aber zahlenmäßig nicht zum Ausdruck kommt. Erst eine Minute vor Halbzeit blüht der erste und letzte Erfolg: Der Ball gelangt nach schöner Kombination der Läuferreihe zu dem Halblinken Rosenbaum, der unhaltbar einschießt. 1:0 für B.-K. In der zweiten Spielhälfte wendet sich das Blatt zugunsten Fortunas, das Dank größerer Schußfreudigkeit und Entschlossenheit in der 10., 15., 30., 35. Minute durch 4 Tore das Ergebnis auf 4:1 stellt und so den Sieg an sich reißt, nicht ohne vorher dem B.-K. Sturm durch zwei „totsichere Sachen" Gelegenheit zum Verpassen des Ausgleiches und zum Beweis seiner Hilflosigkeit vor dem Tor zu geben.

Von der gegnerischen Mannschaft ist besonders der — Schiedsrichter zu erwähnen, der besser noch als der gute linke Verteidiger, der Halbrechte und der Mittelstürmer von Fortuna nützliche Arbeit für dieselbe leistete durch beabichtigte Unkenntnis der Abseitsregeln. — —

Auf Seiten Bar Kochbas verdient wie immer Hervorhebung der unverwüstliche Engel, der schußgewaltige Halblinke Rosenbaum und der vielversprechende Torwächter Kornhauser. Über einige andere Spieler sei schonend der Mantel jüdischer Nächstenliebe gedeckt. —

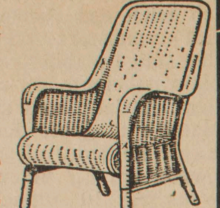
Vor allem aber muß ausgesprochen werden, daß es dieses Spiel bewies, daß Fußballkönnen nicht Angelegenheit des Temperaments und des Körpergewichts (siehe Heumann, Saposchnik!), sondern solider Technik ist, die weniger in peinlich berührenden Wettspielen mit überlegenen Gegnern, als im eifrigen andauernden Training erworben wird. Emmeff.

Sprechsaal

In einer Besprechung über den „Verein zur Förderung ritueller Speisehäuser" in einer orthodoxen Wochenschrift findet sich der Vorschlag neben der rabbinischen Aufsicht und neben dem üblichen Maschgiach noch besondere Reisebeamte zu engagieren, welche die betreffenden Restaurationen kontrollieren. Als ich dies las, erinnerte ich mich des Ausspruches eines alten frommen Bäckermeisters in Frankfurt a. M., dem seinerzeit der selige Rabbiner S. R. Hirsch in Frankfurt am Main nahelegte, durch einen Aufsichtsbeamten seinen Betrieb kontrollieren zu lassen. Der gute Mann entgegnete dem Rabbiner, daß er gerne die Kontrolle jederzeit zulasse, aber, fügte er hinzu, „wenn ich Sie utzen will, kann ich das tun, auch wenn Sie 10 Aufsichtsbeamte in meinen Betrieb stellen." Dies sollte man sich auch in unserer Zeit gesagt sein lassen. Das ewige Kontrollsystem führt zu nichts; der Rabbiner, welcher die Garantie übernimmt, dürfte genügen. J. Fraenkel.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

München. Im Inseratenteil dieser Nummer findet sich eine Bekanntmachung des Vorstandes der Israelitischen Kultusgemeinde, wonach das Gebiet der Kultusgemeinde München, mit Genehmigung der Regierung, sich auf den ganzen Regierungsbezirk Oberbayern mit Ausnahme von Ingolstadt und der Bezirksämter Ingolstadt, Pfaffenhofen, Schrobenhausen, Aichach, Friedberg, Landsberg und Schongau, erstreckt.









... Reinach, Paris; Gaston Wormser, Paris; Michel Polak, Paris; James de Rothschild, London; Leonhard Cohen, London.

Ein Büro zur Förderung der jüdischen Touristik in Palästina

Die Direktoren des KKL haben den Vorschlag seiner Propagandaabteilung angenommen, eine gewisse Summe für die Förderung der jüdischen Touristik in Palästina zu bestimmen und zwar soll, wenn möglich mit Hilfe der Exekutive und des KH ein Touristenbüro errichtet werden zwecks Unterstützung der Touristen bei ihren Reisen durch das Land. Auf diese Weise würden die Fehler der letzten Saison vermieden werden, die hauptsächlich eine Folge des Fehlens eines offiziellen Büros ...



Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Rudolf Liebstädter, Nürnberg, Fürtherstraße 87, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München. Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.